

# Fahrtkostenzuschuss

## Wichtige Information

Zum 1. Januar 2004 wurde die Steuerfreiheit für Fahrtkostenzuschüsse gestrichen. In manchen Unternehmen wird deshalb überlegt, die Firmenkunden-Abonnements bei den Verkehrsbetrieben zu kündigen. Welche finanziellen Auswirkungen die Neuregelung hat, zeigt das folgende Beispiel. Nach der neuen Rechtslage verbleiben einem durchschnittlich verdienenden Angestellten von einem Fahrtkostenzuschuss in Höhe von 50 Euro nach Steuern (etwa 15 Euro) und Sozialversicherung (Arbeitnehmeranteil etwa 10 Euro) netto 25 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr verteuert sich die Monatskarte um 25 Euro. Darüber hinaus zahlt der Arbeitgeber mit rund 20 Prozent seinen Anteil zur Sozialversicherung, somit also 10 Euro. Den gesamten Kosten des Arbeitgebers von 60 Euro steht ein Zufluss von 25 Euro beim Arbeitnehmer gegenüber. Welche Lösung ist möglich?

Unverändert können Fahrtkostenzuschüsse mit 15 Prozent pauschal versteuert werden. In diesem Fall sind die Leistungen sozialversicherungsfrei. Die Steuer kann vom Arbeitgeber übernommen werden, der Zuschuss fließt ungekürzt dem Arbeitnehmer zu. Den Kosten des Arbeitgebers (50 Euro) und die Steuer (7,50 Euro) von 57,50 Euro steht ein Zufluss beim Arbeitnehmer von 50 Euro gegenüber. Für den Arbeitgeber ist diese Lösung, selbst bei Übernahme der Steuer, besser als die normale Lohnversteuerung und Sozialversicherungspflicht.

Wird die Pauschalsteuer vom Arbeitnehmer getragen, bleiben ihm immerhin noch 42,50 Euro übrig. Zuschüsse von monatlich 44 Euro sind weiterhin steuer- und sozialversicherungsfrei, wenn nicht noch weitere Sachbezüge gewährt werden. Ein Überschreiten der Grenze führt jedoch zur vollständigen Steuer- und Sozialversicherungspflicht.

**Veröffentlicht: Hamburger Abendblatt**

**31. Januar 2004** 30.01.2004